

Wirksamer agieren

Interview mit Pia Beckmann, Oberbürgermeisterin der Stadt Würzburg, über die Rolle der Informationstechnik bei der Verwaltungsmodernisierung und die politischen Ziele des Projektes „Würzburg integriert!“.

Frau Oberbürgermeisterin, die Stadt Würzburg arbeitet nicht erst seit heute an der IT-gestützten Modernisierung der Verwaltung. Welche Erfahrungen haben Sie bisher gemacht?

Wir haben bisher Bürgern und Mitarbeitern vielfältige Informationen zur internen und externen Nutzung zugänglich gemacht. Auf unserem Internet-Portal Würzburg Online können zahlreiche Basisdaten und aktuelle Informationen über unsere

Die wichtigsten Ziele sind für mich: stärkere Kundenorientierung, eine noch größere Standortattraktivität für Unternehmen und eine Verwaltungsvereinfachung. Der Bürger hat die Möglichkeit zur Mitwirkung. Das Verwaltungshandeln wird für ihn transparenter und nachvollziehbarer. Er hat jederzeit einfachen, schnellen und zuverlässigen Zugang zu den Dienstleistungen der Verwaltung. Die Unternehmen erhalten schnelle Auskünfte und die

Antragsbearbeitung für Genehmigungen wird noch weiter beschleunigt.

Hinzu kommt, dass zur Verbesserung der Haushaltslage der Stadt ein nachhaltiger Beitrag geleistet wird.

Bisher ist es Illusion geblieben, dass die Bürger die Verwaltungsangelegenheiten online erledigen. Was tut die Stadt Würzburg, damit sich dies ändert?

Das ist nicht ganz richtig. Einiges funktioniert bereits hervorragend: So können beispielsweise Bestellungen von Mülltonnen, Personalausweisen und andere Dienste der Stadt per Internet angefordert werden, was auch gerne genutzt wird. Ziel ist jedoch, das gemeinsam mit der Universität entwickelte E-Government-Konzept möglichst zügig umzusetzen.

Wie wird E-Government in Würzburg organisatorisch umgesetzt?

Wir arbeiten in zwei Arbeitsgruppen unter Leitung des Kommunalreferenten an der Umsetzung unserer Ziele. Eine davon plant und organisiert die Einrichtung des Bürgerbüros und die andere arbeitet an der Erstellung der EDV-Plattform „Würzburg integriert“.

Der Einsatz von Technologie führt nicht automatisch zu einem besseren Bürger-Service. Werden auch die Geschäftsprozesse der Stadtverwaltung angepasst?

Ja natürlich! Der erste Schritt muss immer die Optimierung der Prozessabläufe sein. Gemeinsam mit Professor Rainer Thome vom Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik der Universität Würzburg, der auch bayerischer E-Government-Beauftragter ist, haben wir Kriterien für die Integrationsfähigkeit von Verwaltungsverfahren in die zukünftige EDV-Basis erstellt. Ziel ist es, die Verfahren zu vereinfachen, Zeit zu sparen und die Effizienz zu steigern.



OB Pia Beckmann

„Der erste Schritt betrifft immer die Optimierung der Prozesse.“

Stadt abgerufen werden. Hier finden sich auch attraktive Service-Angebote der Stadtverwaltung, die in vielen Bereichen in Kooperation mit anderen Institutionen und Unternehmen bereitgestellt werden. Bis hin zur Kommunikation mit den Fachdienststellen und dem Download von Formularen ist vieles möglich. Unser Ziel ist aber die interne und externe Transaktion, das heißt die standardisierte Abwicklung von Fachanwendungen auf Internet-Basis.

Nun sollen elektronische One-Stop-Dienstleistungen der Stadtverwaltung angeboten werden. Welche politischen Ziele verfolgen Sie mit dem Projekt „Würzburg integriert!“?

Würzburg integriert! wurde im Rahmen von MEDIA@Komm-Transfer entwickelt. Hat es sich für die Stadtverwaltung bisher gelohnt, an dieser Initiative teilzunehmen?

Ja, es hat sich gelohnt. Wichtig war für uns vor allem der Erfahrungsaustausch mit Kollegen, der Besuch von Fachveranstaltungen, die Beratung durch Fachleute und natürlich die Auszeichnung mit dem MEDIA@Komm-Transfer Award 2004.

Ziel von MEDIA@Komm-Transfer ist es, übertragbare Lösungen zu entwickeln. Ist ein solches Konzept tatsächlich in anderen Kommunen einsetzbar?

Genau das zu erreichen, ist das Ziel von „Würzburg integriert!“.

Wichtig ist hierbei die Standardisierung von Technik, Daten und Organisationsabläufen für übertragene, klar definierte Aufgaben mit hohen Fallzahlen. Die neu entstehende Software-Lösung soll auch für andere Kommunen anwendbar sein.

Das Projekt wird als Public Private Partnership umgesetzt und soll keine Belastungen im städtischen Haushalt verursachen. Wie kann dieses Geschäftsmodell funktionieren?

Wir stehen kurz vor der Ausschreibung im Wege des so genannten wettbewerblichen Dialogs. Die anbietenden Firmen sollen die Vorfinanzierung übernehmen. Die Refinanzierung erfolgt dann aus den möglich gewordenen Einsparungen, sobald sie nachgewiesen werden

können. Daraus werden die Unternehmen finanziell bedient.

Wo sehen Sie heute noch die größten Probleme bei der Umsetzung eines integrierten E-Government?

Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Fachverfahren in den Kommunen, die aus unterschiedlichen Datenbanken gefüttert werden müssen. Die größte Herausforderung ist die Integration all dieser Verfahren unter Zugrundelegung einer einheitlichen Datenbank. Eine solche wird unser Partner im wettbewerblichen Dialog für uns entwickeln müssen. Gelingt dies, hat er die Möglichkeit dieses System auf alle Kommunen in Deutschland zu übertragen.

Interview: Alexander Schaeff